AMTSBLATT DER BUNDESSTADT BONN

43. Jahrgang

4. Mai 2011

Nummer 19

Inhalt	Seite
Öffentliche Zahlungserinnerung	139
Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung	139
- Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf	
Inkrafttreten eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Bundesstadt Bonn	140
- Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Zentrum	
Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung	141
- Stadtbezirk Beuel, Ortsteil Bechlinghoven	
Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung	142
- Zustellung einer Ordnungsverfügung (Ausländeramt)	
Bekanntmachung gemäß § 27 Abs. 3 und Abs. 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) vom 15. Februar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.03.2011 i.V.m. § 26 SchulG und § 8 Abs. 1 der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Schulart von Grundschulen und Hauptschulen (Bestimmungsverfahrensverordnung - BestVerfVO) vom 08. März 1968; zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. November 2008	143

BUNDESSTADT BONN
Der Oberbürgermeister
Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde

ÖFFENTLICHE ZAHLUNGSERINNERUNG

Hiermit erinnern wir an die Zahlung der am 15.05.2011 fällig werdenden Grundbesitzabgaben, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer.

Bei verspäteter Zahlung müssen die gesetzlich vorgeschriebenen Säumniszuschläge berechnet werden. Falls Mahnung und ggf. zwangsweise Einziehung erforderlich werden, entstehen weitere Kosten.

Bitte geben Sie bei der Überweisung das Kassenzichen an.

Wer abbuchen lässt, spart sich Arbeit und Wege.

Unter Telefon 77 2300 gibt die Stadtkasse Auskunft über das Lastschriftinzugsverfahren.

Bonn, den 04.05.2011

BUNDESSTADT BONN
Der Oberbürgermeister

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung

Aufstellung und öffentliche Auslegung einer Bebauungsplanänderung

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung am 01.03.2011 die Aufstellung und öffentliche Auslegung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8219-13 im

Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Plittersdorf,

zwischen dem Hausgrundstück Turmstraße 30 bis 34, Turmstraße, der Parkanlage des Hauses „Carstanjen“ und den Hausgrundstücken Turmstraße 38 und 44 beschlossen.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung aufgestellt.

Die öffentliche Auslegung des Planes und der dazugehörigen Begründung erfolgt

- im **Kataster- und Vermessungsamt**, Bonn, Stadthaus, Berliner Platz 2, Aufzug 2, Etage 7C
- vom **12.05.2011** bis einschließlich **14.06.2011** (Montag und Donnerstag von 8.00 - 18.00 Uhr sowie Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8.00 - 13.00 Uhr)

Darüber hinaus findet am **16.05.2011 um 19 Uhr** eine **Bürgerversammlung** in der Aula der Gesamtschule Bad Godesberg, Hindenburgallee 50, 53175 Bonn statt.

Hinweis:

Zur Information hängt eine verkleinerte Farbkopie des Planes während der Öffnungszeiten auch in der zuständigen Bezirksverwaltungsstelle Bad Godesberg aus.

Äußerungen bzw. Stellungnahmen können gemäß § 13a Abs. 3 bzw. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) während der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (Normenkontrollantrag, der nach dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes gestellt werden könnte) ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Bürgerbeteiligung im Internet unter:
www.bonn.de/@Bauleitplanung

Bonn, den 15.04.2011

In Vertretung

Werner Wingefeld
Stadtbaurat

BUNDESSTADT BONN
Der Oberbürgermeister

**Inkrafttreten eines vorhabenbezogenen
Bebauungsplanes der Bundesstadt Bonn**

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat in seiner Sitzung

am 14.04.2011 den vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 7722-63 für ein Gebiet im

Stadtbezirk Bonn, Ortsteil Zentrum,

für den Bereich des Parkplatzes in der Kesselgasse als Satzung beschlossen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan kann während der Öffnungszeiten im **Kataster- und Vermessungsamt**, Bonn, Stadthaus, Berliner Platz 2, Aufzug 2, Etage 7C eingesehen werden.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan gemäß § 10 des Baugesetzbuches in Kraft.

Hinweise

Sind die in den §§ 39 bis 42 Baugesetzbuch (BauGB) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten, kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die zuvor bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
- wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Bundesstadt Bonn geltend gemacht worden sind. Der die Verletzung begründende Sachverhalt ist darzulegen.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Bundesstadt Bonn vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bonn, den 26.04.2011

Nimptsch
Oberbürgermeister

**Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung:
Aufstellung und öffentliche Auslegung von Änderungen des Flächennutzungsplanes der Bundesstadt Bonn**

Aufgrund §§ 2 ff. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Rat der Bundesstadt Bonn in seiner Sitzung am 14.04.2011 die Aufstellung und öffentliche Auslegung der **179.** Flächennutzungsplanänderung der Stadt Bonn im Stadtbezirk Beuel, Ortsteil **Bechlinghoven** „Am Mühlenbach“ beschlossen.

Die öffentliche Auslegung der Pläne und der dazugehörigen Begründungen einschließlich der Stellungnahmen zu den umweltbezogenen Auswirkungen der Planung erfolgt in der Zeit vom

12.05.2011 bis einschließlich 14.06.2011

während der Dienststunden (Montag und Donnerstag von 8 Uhr bis 18 Uhr sowie Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 13 Uhr). im Stadtplanungsamt Bonn, Stadthaus, Berliner Platz 2, Aufzug 2, Etage 8 C.

Bürgerbeteiligung im Internet unter:
www.bonn.de

Anregungen können gemäß § 3 Abs. 2 BauGB während der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Bonn, den 28.04.2011

gez. Wingenfeld
Dezernent

Öffentliche Zustellung

nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006
(GV. NW. S. 94/SGV. NW. 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Die Ordnungsverfügung(en) der Stadt Bonn – Ausländeramt – 33-6

Datum der Verfügung 18.04.2011	Az.: 33-61 v. 18.04.2011, OV
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift Barry, Saikou Oumar, Posener Weg 1, Zimmer 926, 53119 Bonn	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	
Datum der Verfügung	Az.:
Betroffene/r, Name, Vorname, letzte bekannte Anschrift	

jetzt unbekanntes Aufenthaltsort, liegt/liegen zur Abholung oder Einsichtnahme durch die Empfänger oder deren Bevollmächtigten während der Dienststunden im Dienstgebäude Oxfordstr. 19, 53111 Bonn bereit.

Das vorgenannte Dokument wird durch die öffentliche Bekanntmachung zugestellt. Hierdurch werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Bonn, den 27.04.2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

Hengsberg

Bekanntmachung

gemäß § 27 Abs. 3 und Abs. 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (**Schulgesetz NRW – SchulG**) vom 15. Februar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.03.2011 i.V.m. § 26 SchulG und § 8 Abs. 1 der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Schulart von Grundschulen und Hauptschulen (**Bestimmungsverfahrensverordnung** - BestVerfVO) vom 08. März 1968; zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. November 2008

Beim Schulamte der Stadt Bonn als zuständigem Schulträger haben Eltern von **99** Kindern, die zum Stichtag 10.01.2011 die KGS Buschdorf besucht haben, bis zum 01.02.2011 im Rahmen des sog. Einleitungsverfahrens ordnungsgemäße Anträge gestellt, die Katholische Grundschule Buschdorf in eine Gemeinschaftsgrundschule umzuwandeln (§ 6 i.V.m. § 5 und § 1 Abs. 2 BestVerfVO). Im Einleitungsverfahren müssen mehr als 20 % der Antragsberechtigten sich für eine Umwandlung aussprechen.

Bei einer Gesamtschüler(innen)zahl zum Stichtag 10.01.2011 von **213** entspricht die Anzahl der Kinder, deren Eltern ordnungsgemäße Anträge gestellt haben, **46 %** (§ 7 Abs. 3 Satz 1 BestVerfVO).

Damit liegen die Voraussetzungen gemäß § 8 BestVerfVO zur Durchführung des sog. Abstimmungsverfahrens gemäß § 8 BestVerfVO vor. Die Untere Schulaufsichtsbehörde/ Schulamte für die Stadt Bonn hat dem Abstimmungsverfahren am 25.02.2011 zugestimmt (§ 7 Abs. 3 BestVerfVO).

Berechtigt, über die Umwandlung abzustimmen, sind die Eltern, deren Kinder zum Stichtag 10.01.2011 die KGS Buschdorf besuchen (§ 5 Abs. 2 und Abs. 6 BestVerfVO). Die Eltern haben für jedes Kind eine Stimme (§ 8 Abs. 4, Satz 3 BestVerfVO).

Das geheime Abstimmungsverfahren findet an folgenden Tagen während der unten aufgeführten Zeiträume in der

Katholischen Grundschule Buschdorf, Von-den-Driesch-Straße 2 in 53117 Bonn statt:

- am Montag, dem 16. Mai 2011 von 07.30 Uhr bis 10.00 Uhr und von 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr
- am Dienstag, dem 17. Mai 2011 von 07.30 Uhr bis 13.00 Uhr und von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr
- am Mittwoch, dem 18. Mai 2011 von 07.30 Uhr bis 10.00 Uhr und von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Bitte beachten Sie an den Abstimmungstagen die entsprechenden Aushänge im Schulgebäude bezüglich des Raumes zur Stimmabgabe.

Zum Nachweis der Abstimmungsberechtigung ist ein gültiger Pass oder Personalausweis vorzulegen.

Die Eltern haben für jedes Kind eine Stimme. Der Stimmzettel ist in einem verschlossenen Umschlag abzugeben. Die Stimmzettel werden nach Abschluss des dritten Abstimmungstages von mindestens zwei im Dienst der Stadt Bonn stehenden Personen ausgezählt. Die Auszählung ist öffentlich.

Bonn, den 04.05.2011

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

gez. Zelmanski
Leiter des Schulamtes